

**Niederschrift über die 35. Sitzung des Arbeitskreises
Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte)**

Ort: Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 1, 06429 Nienburg (Saale)
Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 12:25 Uhr
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Hause:

- eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden
- stellt die Tagesordnung fest

2. Genehmigung der Niederschrift über die 34. Sitzung am 23.04.2025 in Hettstedt

Herr Hause:

- stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die o. g. Niederschrift vorliegen
- stellt die Genehmigung der o. g. Niederschrift fest

3. Vorstellung der gastgebenden Stadt Nienburg (Saale) durch Frau Bürgermeisterin Susan Falke

Frau Falke:

- freut sich, die Mitglieder des Arbeitskreises im Salzlandkreis, in Nienburg (Saale), begrüßen zu können
- informiert, dass
 - die Stadt Nienburg (Saale) im kommenden Jahr 1.065-jähriges Jubiläum hat,
 - sie seit 01.12.2014 Bürgermeisterin der Einheitsgemeinde ist,
 - die Stadt Nienburg (Saale) kürzlich durch die Berichterstattung von rtl bundesweit bekannt wurde,
 - eine einseitige Darstellung stattfand, die Kita, um die es ging, so schlimm, wie dargestellt, nicht ist
- zeigt an Hand von Eckzahlen die finanzielle Situation der Einheitsgemeinde Stadt Nienburg (Saale) auf (Schlüsselzuweisungen sinken, Aufwendungen steigen, z. B. Anstieg der Kreisumlage von 2020 bis 2025 um 50%)
- führt weiter an, dass
 - der Wegfall der Leistungsfähigkeit bereits festgestellt wurde,
 - dennoch Investitionen getätigt und Maßnahmen durchgeführt werden konnten (u. a. neue Kita, Sanierung Feuerwehrgerätehaus in einem Ortsteil, grundhafter Straßenausbau in einem Ortsteil)

4. Diskussion zur angestrebten Ausweitung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs Sachsen-Anhalt

Herr Hause:

- führt an, dass
 - das Land Sachsen-Anhalt das Thema für die Städte und Gemeinden ausgerollt hat,
 - das Prüfrecht des Landesrechnungshofes auf Kommunen bis 20 Tsd. Einwohner ausgeweitet werden soll,
 - es hierzu Widerspruch aus den Reihen der Bürgermeister gibt

Frau Otte-Sonnenschein:

- verweist auf die Bestrebungen, für kleinere Einheits-/Verbandsgemeinden eine grundsätzliche Prüfmöglichkeit für den LRH zu initiieren
 - Doppelprüfungen sollen zwar nicht stattfinden, unstreitig führt die Ausweitung aber zu einem erhöhten Prüfungsaufwand, den es zu vermeiden gilt
- verweist auf die Pressemitteilung des SGSA zur Thematik
- führt an, dass
 - die Thematik erstmals aus der CDU-Fraktion an den SGSA herangetragen wurde, und der SGSA sich bereits in diesem Rahmen gegen eine Ausweitung der Pflicht ausgesprochen hat,
 - ein offener Brief von Bürgermeistern an die Landesregierung existiert, der bis dato von 60 Bürgermeistern unterzeichnet wurde
- führt an, dass es eine solche Konstellation in keinem anderen Bundesland gibt, wobei durchaus auch in anderen Bundesländern die Prüfung ausschließlich dem jeweiligen LRH obliegt

Her Hause:

- fast den aktuellen Sachstand zusammen
- verweist darauf, dass man sich jetzt im Gesetzgebungsverfahren befindet und geschaut werden muss, wohin es geht

Herr Zbyszewski:

- informiert, dass am 06.11.2025 eine Zusammenkunft der Bürgermeister der SPD-Fraktion im Landtag stattfindet

5. Aktueller Stand zur Umsetzung des Sondervermögens nach Art. 143h Abs. 2 Grundgesetz - LuKEFG

Herr Hause:

- skizziert den derzeitigen Sachstand
- verweist auf die noch ausstehende Verwaltungsvereinbarung auf Bund-Länder-Ebene
- erläutert die Verteilung innerhalb des Landes (40% für eigene Maßnahmen, 60%, d. h., 1,6 Milliarden für Städte und Gemeinden)
- führt an, dass das Prozedere angerissen, jedoch noch nicht festgelegt wurde (u. a. Verwendungsnachweispflichten)
- führt an, dass
 - auf Nachhaltigkeit geachtet werden soll,
 - es keine Bindung an die 12 Jahre geben soll,
 - geplant ist, die Mittel über ein 2-stufiges Verfahren über die Investitionsbank und den Bund auszureichen,
 - der Nachweis über eine Vorfinanzierung erbracht werden muss,
 - auch Teilabrufe möglich sind,

- Projekte nicht unterhalb 50 Tsd. EUR gefördert werden sollen,
- schließt mit den Worten, dass eine finale Beschlussfassung erforderlich ist, mit der in 12/2025 zu rechnen ist

Frau Otte-Sonnenschein:

- verweist auf das Rundschreiben des SGSA vom 17.09.2025
- führt an, dass, wenn die Verwaltungsvereinbarung auf Bund-Länder-Ebene keinen Strich durch die Rechnung macht, 60% pauschal an die Kommunen ausgegeben werden (entspricht einem Anteil der Kommunen i.H.v. ca. 1,57 Mio. Euro)

Herr Hause:

- führt an, dass nachzufassen ist, wie die Mittel in der Haushaltsaufstellung aufzunehmen sind, ob es ggf. Vorgaben vom Land gibt
- hält Einheitlichkeit für sehr wichtig
- bringt eine nachrichtliche Darstellung aufgrund der Unklarheit zum Prozedere ins Spiel
- geht auf Besonderheiten in Bezug auf Verbandsgemeinden ein
- verweist auf zur Kreisvorstandskonferenz hierzu aufgetretene Fragen
- antwortet auf Nachfrage, dass sich klar dazu geäußert wurde, dass vor Ablauf der Zeit eine Ausschöpfung der Beiträge möglich ist

Herr Hause:

- teilt die Bedenken, dass das Gesetz, so wie es jetzt medial dargestellt wird, nicht gefasst wird, nicht
- ist der Ansicht, dass es allenfalls passieren kann, dass man sich auf Bundesebene nicht so einigt
- informiert, dass
 - man sich im Präsidium geeinigt hat, noch vor der Landtagswahl eine spürbare Aktion zu initiieren,
 - deutlich gemacht werden soll, dass die strukturelle Ausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise nicht ausreichend ist, um arbeiten zu können

6. Informationen zum Gesetz zur Akzeptanzsteigerung und Beteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien

Frau Otte-Sonnenschein:

- führt an, dass das Gesetz verabschiedet und veröffentlicht ist
- erläutert die vorgesehene Vergütung
- führt an, dass
 - das Gesetz ab Inbetriebnahme greift (auch eine teilweise Inbetriebnahme),
 - es weiterhin eine Zweckbindung gibt

Zur Zweckbindung gibt es mehrere Wortmeldungen, die sich auf die Verwendung der Mittel für Aufgaben des pflichtigen Bereiches beziehen. Frau Otte- Sonnenschein wird die Fragen mitnehmen.

Herr Hause bittet, Fragen gebündelt an Frau Otte-Sonnenschein zu richten und stellt fest, dass deren Beantwortung am Ende auch den Kommunalaufsichten helfen wird.

Darüber hinaus wird diskutiert, wie Ortsteile berücksichtigt werden können, auf deren Grund keine Windräder stehen. Es besteht die Verpflichtung, dass 25% an den Standortortsteil gehen und die restlichen 75% in der gesamten Einheitsgemeinde verteilt werden.

Informationen können auch über die LENA abgerufen werden.

Herr Hause:

- stellt fest, dass es unterschiedliche Konstellationen gibt
- führt an, dass auch geschaut werden muss, ob es Anlagen an den Gemeindegrenzen gibt und eine Beteiligung stattfindet
- hält eine Klarstellung für erforderlich

Herr Zbyszewski:

- verweist auf die kommunale Selbstverwaltung

7. Informationen zum Thema KITA STABIL

Herr Hause:

- führt an, dass
 - es im Vorfeld viele Diskussionen hierzu und am 11.09.2025 einen Vorstoß von Ministerin Grimm-Benne (in Abstimmung mit den Ressorts) gab,
 - Ausgangslage die Situation war, dass landauf, landab jungen Menschen gesagt worden war, dass, wenn sie Erzieher werden, eine Zukunft haben, dem jetzt aber nicht mehr so ist,
 - dieses Problem mit KITA STABIL jedoch nicht eingefangen wurde,
 - KITA-STABIL bis 2032 durchgängig über den Landeshaushalt ausgereicht werden soll
- führt an, dass
 - es immer weniger Menschen im gebärfähigen Alter gibt,
 - sich bei einer Reproduktionsrate von 1,5 die Gesellschaft reduziert,
 - durch die Ausreichung der Bildungspauschale (12,5 Mio. EUR für das gesamte Land) Ausgleich geschaffen werden soll
-
- führt an, dass die Kreise bestimmen, wie das Geld verteilt werden soll
- bezieht sich sodann auf die Demografiepauschale
 - führt an, dass in 2026 14,2 Mio. Euro und im Jahr 2027 38,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden sollen
- informiert, dass Ministerin Grimm-Benne am 06.11.2026 für die Kollegen des Salzlandkreises zur Verfügung stehen wird
- lädt in seiner Funktion als Bürgermeister und Fraktionsvorsitzender des Kreistages weitere interessierte Kollegen ein, am Gespräch teilzunehmen

Frau Otte-Sonnenschein:

- ergänzt, dass
 - die Landesgeschäftsstelle über den aktuellen Stand fortlaufend berichten wird,
 - Herr Schernikau eine Arbeitsgruppe „KITA“ ins Leben gerufen hat,
 - sich bei Interesse an Frau Fietkau gewendet werden soll,
 - der SGSA die Arbeitsgruppe begleiten und überlegen wird, diese ggf. in einen Arbeitskreis des SGSA zu überführen

8. Aktuelle Erlasse aus dem Ministerium für Inneres und Sport (MI) bzw. Rundverfügungen aus dem Referat 206 des Landesverwaltungsamtes - Informationsaustausch

8.1. Erlass des MI vom 11.04.2025 zur Anwendung und Auslegung des § 33 KVG LSA; Mitwirkungsverbot bei Wahrnehmung eines sog. kommunalen Doppelmandates
- siehe Anlage zum TOP 8.1

Frau Otte-Sonnenschein:

- erläutert kurz den Hintergrund
- bezieht sich sodann auf eine Wortmeldung des Herrn Hause, der skizziert, welche Möglichkeiten bestehen und stellt klar, dass, wenn es die Möglichkeit des Doppelmandates gibt, man es auch ausüben dürfen muss

8. 2. Erlass des MI vom 30.04.2025 zur Digitalisierung der Unterschrift für die Ausfertigung von Satzungen und die Unterzeichnung der Niederschriften von Sitzungen der Vertretung und ihrer Ausschüsse
- siehe Anlage zu TOP 8.2

Frau Otte-Sonnenschein:

- verweist auf die Gesetzeslage
- führt an, dass individuell geprüft werden muss, ob die Möglichkeit der Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form eröffnet ist, wenn ja, dann bedarf es einer qualifizierten elektronischen Signatur
- hat keine technische Lösung hierfür
- führt an, dass eine Niederschrift, versehen mit den Unterschriften, im Original vorhanden sein, aber nicht jedem Ratsmitglied mit Originalunterschrift übergeben werden muss

8.3. Rundverfügung 19/2025 vom 18.07.2025 zur Wahrnehmung der Personalbefugnisse durch die Vertretung gegenüber Hauptverwaltungsbeamten
- siehe Anlage zum TOP 8.3

Frau Otte-Sonnenschein:

- führt an, dass
 - es zwischenzeitlich einen Austausch gab und man jetzt in die Überarbeitung geht,
 - seitens des SGSA eine Handreichung geliefert wird
- erläutert inhaltliche Hintergründe
- bittet, dass sich bei konkreten Fragen an sie gewendet wird
- denkt, dass bis Ende des Jahres Aufklärungsarbeit geleistet werden kann

9. Aktuelle Informationen aus dem Bereich Verwaltungsdigitalisierung

9.1. Bearbeitungsstand – IT-Sicherheitsgesetz

Frau Otte-Sonnenschein:

- führt an, dass
 - die Geschäftsstelle des SGSA viel mit dem Thema IT-Sicherheit beschäftigt ist,
- informiert zum Stand eines Entwurfes eines IT-Sicherheitsgesetzes des Landes, insbesondere dass
 - in Rede eine Verpflichtung für die Kommunen auf Höhe des BSI-Standards „Weg in die Basisicherung“ in das Gesetz aufzunehmen
 - eine solche Verpflichtung voraussichtlich im Hinblick auf die Fragestellung der Konnexität nicht kommen wird

- führt die eigene Verantwortung der Kommune an, unabhängig von der Frage der Konnexität
- führt weiter an, dass ein Zugriff auf das Landesnetz in Zukunft wahrscheinlich nur möglich ist, wenn ein bestimmter Standard gewährleistet wird
- verweist auf ein Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes des Landes, welches per Rundschreiben vom SGSA verteilt wurde

9.2. Informationen zum Projekt „SicherKOMMUNAL“

- Aktuelle Informationen finden sich unter: <https://www.kitu-genossenschaft.de/SicherKOMMUNAL.de/Digital-Lotsen/>

Frau Otte-Sonnenschein:

- verweist auf die Seiten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
- führt an, dass
 - geprüft werden muss, welcher Handlungsbedarf besteht (Schulungen)
 - für jede Gemeinde 30 Tsd. EUR bereitgestellt werden
- informiert auf die Wortmeldung des Herrn Hause, der anführt, dass das Land wohl nicht so begeistert sei und die Kitu ggf. einen eigenen Weg beschreiten will, dass sich das Ministerium für Infrastruktur und Digitales mehr Durchgriffsrechte hinein in die Kommunen gewünscht hat

9.3. Informationen zum Projekt „Digital-Lotsen

<https://www.kitu-genossenschaft.de/Digital-Lotsen/>

10. Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle

Herr Hause:

- informiert, dass auf der Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes der Haushaltsplan für das Jahr 2026 beschlossen wurde

Frau Otte-Sonnenschein:

- informiert im Anschluss, dass die SIKOSA
 - in die Welle umgezogen ist (5 Jahre, Verlängerung um 2 Jahre möglich),
 - sich nun zu den möglichen Optionen hinsichtlich ihres zukünftigen Standortes positionieren muss

Herr Hause:

- führt an, dass
 - grundsätzlich der Erwerb von Eigentum präferiert wird,
 - man dennoch nicht heute und morgen raus kann,
 - die Pflicht besteht, das bisherige Gebäude zu erhalten (= Doppelbelastung)

Frau Otte-Sonnenschein:

- informiert, dass
 - die Gefahrenabwehrmaßnahmen gelaufen sind, d. h., keine Gefahr mehr ausgeht,
 - das zwischen der SIKOSA und dem Landkreistag bestehende Vertragsverhältnis noch nicht gekündigt wurde

Herr Hause:

- führt an, dass die gegenwärtige „Hängepartie“ auf die Dauer nicht sein kann, da dies auch eine finanzielle Belastung für die Mitglieder darstellt

Herr Zbyszewski:

- ist der Ansicht, dass die SIKOSA auf ihre eigentlichen Aufgaben (Aus- und Weiterbildung) konzentrieren soll

Frau Otte- Sonnenschein:

- führt an, dass
 - Weiteres im Vorstand der SIKOSA geklärt werden muss,
 - der SGSA dort kein Stimmrecht hat
- bezieht sich sodann auf die Landesgeschäftsstelle des SGSA, die digitalisiert werden soll
- informiert, dass
 - das Ratsinformationssystem Session eingeführt werden soll,
 - im Präsidium begonnen und die Nutzung auf die gesamte Mitgliedschaft und die Arbeitskreise ausgeweitet werden soll
- informiert weiterhin, dass zudem ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt werden soll

11. Anfragen und Mitteilungen

Herr Hause:

- spricht das Thema Stellungnahmefrist an
- führt an, dass Unverständnis herrscht
- bezieht sich beispielhaft auf einen Fragenkatalog des mdr zur IT in der Verwaltung, lt. welchem mit Verweis auf das Informationszugangsgesetz u. a. die Lieferung umfangreicher Informationen und Unterlagen angefragt wurde
- ist der Ansicht, dass
 - der Aufwand vertretbar sein muss, hier jedoch keine Verhältnismäßigkeit gegeben war,
 - in solchen Fällen die Kosten für die Bearbeitung hochgerechnet und mit Verweis auf die Verwaltungskostensatzung auf die Entstehung dieser Kosten verwiesen werden sollte
- bittet, wenn Anfragen dieser Art gestellt werden, sich an den SGSA zu wenden und prüfen zu lassen, ob Bearbeitung erfolgen muss

12. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die **nächste Sitzung** des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte) findet am **6. Mai 2026, 10 Uhr**, bei der **Stadt Hecklingen** statt.

Herr Hause:

- bedankt sich bei den Mitgliedern des Arbeitskreises und bei Frau Otte-Sonnenschein
- schließt die Sitzung

Die Sitzung endet um 12:25 Uhr.

gez. Evelyn Hammer
Protokollantin